

# Delegiertenkonferenz vom 06.04.2003 in Mering erstellt 7-Punkte-Maßnahmenkatalog

Die Delegierten führender Dachorganisationen, Fachverbände und Bürgerinitiativen für umweltverträgliche Mobil-Kommunikation aus Deutschland, Österreich und der Schweiz vertieften und diskutierten am 05. und 06. April 2003 in Mering bei Augsburg gemeinsam ihre umfassenden Daten und Wissensbestände. Ein wichtiger Ausgangspunkt der Fakten-Analyse war der inzwischen europaweit von Umweltmedizinerinnen und anderen Ärzten unterzeichnete „Freiburger Appell“ vom 09.10.2002: In diesem wird ein immer häufiger und deutlicher werdender zeitlicher und räumlicher Zusammenhang zwischen dem Auftreten diverser Erkrankungen und dem Beginn einer Funkbelastung beschrieben, z.B. in Form von

- Inbetriebnahme einer Mobilfunkanlage im näheren Umkreis der Patienten;
- Intensiver Handynutzung;
- Anschaffung eines DECT-Schnurlos-Telefons im eigenen Haus oder in der Nachbarschaft.

## **DIE TAGUNG FÜHRTE IM ERGEBNIS ZUR DRINGLICHEN FORDERUNG DES FOLGENDEN 7-PUNKTE-MASSNAHMENKATALOGS:**

- 1) Jede zur Zeit angewandte Funktechnologie stellt eine biologische Gefahr dar! Insbesondere die drahtlosen Kommunikations-, Büro- und Informations-Technologien (z.B. GSM, UMTS, DECT, Wireless LAN, BlueTooth, TETRA, DVA, DVB) führen bereits bei minimalen Strahlungsdichten, die millionenfach unter den zur Zeit gültigen, unverantwortlichen Grenzwerten liegen, zu ernsthaften Gesundheitsschäden.  
**=> Diese Funktechnologien sind abzulösen!**
- 2) Wir fordern einen Strahlenschutz auch für nicht ionisierende Strahlung.  
Dieser muss wahrgenommen werden durch eine von der Wirtschaft und Politik unabhängige, internationale Kommission.  
**=> Die Deutsche Strahlenschutzkommission (SSK) muss im Bereich „nicht ionisierender Strahlung“ personell ausgewechselt werden.**
- 3) Das Ziel muss eine biologisch unschädliche Kommunikation sein.  
**=> Die politisch Verantwortlichen auf internationaler, europäischer, Bundes- und Landesebene werden aufgefordert, hierzu Projekte umfassend zu unterstützen und rasch weitere Forschungsprojekte aufzusetzen.**
- 4) Um die durch aktuelle Funktechniken bereits deutlich erkennbare, flächendeckende Ausbreitung chronischer Krankheiten zu minimieren, sind drastische Sofortmaßnahmen des Gesetzgebers unumgänglich. Bereits heute wäre technologisch ein Betrieb von GSM- und UMTS-Kommunikationsnetzen unterhalb 0,1 Mikrowatt/m<sup>2</sup> möglich.  
**=> Übergangsweise ist umgehend ein Maximalwert von 0,1 Mikrowatt/m<sup>2</sup> (0,01 nW/cm<sup>2</sup>) als „Grenzwert“ zu realisieren.**
- 5) Betreiber, Gerätehersteller und Standortvermieter von Funkanlagen haben für die verursachten Gesundheits- und Sachschäden – ebenso wie für Wertverluste betroffener Immobilien - voll umfänglich zu haften.  
**=> Wir fordern eine umfassende Versicherung für alle Schäden durch Funkanlagen - explizit auch solche durch elektromagnetische Felder. Die Beweislast muss dabei beim Verursacher liegen.**
- 6) Das z.B. durch baurechtliche Sonderregelungen ausgeschaltete Mitspracherecht der Bevölkerung und der Gemeinden bei der lokalen Ausgestaltung von Kommunikationsnetzen (wie z.B. bei der Standortplanung von Antennen) ist sofort wieder einzuführen, was für jede Demokratie selbstverständlich sein sollte. Insbesondere muss es den Bürgern zur Durchsetzung des Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit ermöglicht werden, - analog dem Rauchverbot - funkfrie Zonen einrichten zu können, wie z.B. Verbote von Handy-Benutzung und WLANs in Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen, Veranstaltungsstätten, öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln. Der weitere Ausbau der GSM- und UMTS-Netze ist sofort zu stoppen, die DECT-Technologie ist sofort zu verbieten.  
**=> Wir fordern Genehmigungspflicht für alle ortsfesten und mobilen Sender.**
- 7) Da die gesundheitlichen Konsequenzen elektromagnetischer Felder der Bevölkerung viel zu wenig bekannt sind, gilt es, eine umfassende Aufklärung speziell der Nutzer mobiler Kommunikationseinrichtungen und somit bewussteren Umgang sicherzustellen.  
**=> Wir fordern ein sofortiges Handyverbot für Kinder und Jugendliche.**